

Der Bericht über die Arbeit des Präventionsrates gegen Gewalt und Kriminalität der Stadt Osterholz-Scharmbeck 2018

Der Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität der Stadt Osterholz-Scharmbeck, der aus Vertretern der Kommunen (Landkreis und Stadt), der Polizei und der Staatsanwaltschaft sowie des Amtsgerichts besteht, wurde durch den Beschluss des Rates der Stadt Osterholz-Scharmbeck am 13.12.2007 eingerichtet mit den Zielen, die Lebensqualität und Sicherheit in der Stadt durch präventive Maßnahmen zu steigern und Gewalt und Kriminalität zu verhindern.

Ausgangslage waren damals die kriminellen Verhältnisse im Wohnquartier „Drosselstraße / Mozartstraße“. Hier ist es dem Präventionsrat unter Hinzuziehung des forumZFD durch verschiedene Maßnahmen und regelmäßige Quartiersforen gelungen, die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.

Seither wird vom Präventionsrat ein jährlicher „Aktionsplan“ aufgestellt mit Maßnahmen, die im laufenden Jahr verfolgt bzw. umgesetzt werden, der dem Ausschuss für Jugend, Senioren und Soziales zur Kenntnis gegeben wird.

Hinsichtlich der Flüchtlingssituation, die zunächst eine besondere Herausforderung in der Entwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für ein gesellschaftliches und friedvolles Zusammenleben aller Menschen darstellte, ist es nunmehr bedeutend, die Teilhabe und Integration der zugewanderten Menschen in die Stadtgesellschaft zu unterstützen.

Das vom Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck mit Blick auf die Flüchtlingssituation ab 2014/2015 am 15.09.2016 beschlossene „Integrationskonzept der Stadt Osterholz-Scharmbeck“ wurde in 2018 mehrfach ausgezeichnet und wird nunmehr evaluiert.

Momentan leben 325 geflüchtete Menschen im Zuge der erfolgten dezentralen Unterbringung in der Stadt Osterholz-Scharmbeck. Mit einem Anstieg der Quote ist momentan nicht zu rechnen. Die Bildung eines Integrationsrates (politischer Antrag) hat daher keine politische Mehrheit erlangt.

Für die „hervorragende strategischen Aktivitäten“ in der Integrationsarbeit hat die Stadt Osterholz-Scharmbeck in 2018 bei der Teilnahme an dem Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand - Kommunen gestalten“ einen Preis von 25 000 Euro für die integrative Projektarbeit entgegen nehmen können.

Da der demografischer Wandel und die zunehmende gesellschaftliche Vielfalt für die Integrationspolitik und die praktische Arbeit vor Ort prägend sind, setzt sich die Stadt Osterholz-Scharmbeck auch weiterhin für eine offene Gesellschaft unter dem Motto „Viele Kulturen - eine Stadt Osterholz-Scharmbeck“ ein und wird das erzielte Preisgeld in Kooperation mit den lokalen Akteuren, zu denen auch die im Präventionsrat vertretenen Behörden zählen, in 2019 zielentsprechend einsetzen.

Bedeutend ist der interkulturelle Austausch, um das interkulturelle bzw. interreligiöse Leben in der Stadt fördern und rassistische sowie islamistische Tendenzen präventiv entgegenzutreten zu können. Dementsprechend wird das Thema „Reichsbürger“ weiterhin aufmerksam verfolgt. Wahrgenommen wird, dass rechtsradikales Denken zunehmend gesellschaftsfähig wird und dem daher im Sinne einer offenen Gesellschaft mit geeigneten Maßnahmen in der Vernetzung und in der Kooperation mit den örtlichen Akteuren behördenübergreifend entgegengewirkt wird.

Der behördenübergreifende Austausch und die fortführende Vernetzung der lokalen Akteure in der Integrationsarbeit hat in 2018 dazu beigetragen, die „Interkulturelle Woche“ in der Stadt Osterholz-Scharmbeck mit einer Auftaktveranstaltung am 24.09.2018 im Bildungshaus und integrationsfördernden Angeboten an verschiedenen Orten in der Stadt umzusetzen.

Die erfolgreich verlaufenden behördenübergreifenden Schulungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Integrationsarbeit werden in Kooperation mit den im Präventionsrat vertretenen Behörden weiterhin durchgeführt.

Aus den statistischen Zahlen der Kriminalstatistik lässt sich bezogen auf die Stadt Osterholz-Scharmbeck kein Schwerpunkt einer Straftat herausstellen, der zu einem dringenden Handlungsbedarf führen könnte.

Hinsichtlich von Wohnungseinbrüchen in Privathaushalten hat die Polizei Verden/Osterholz zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Stadtbevölkerung auch in 2018 mit positiver Resonanz einen „Tag des Einbruchschutzes“ im Bildungshaus am Campus durchgeführt.

Zum Beispiel sind Wohnungseinbrüche von in 2016 noch 258 vollendeten Wohnungseinbrüchen in Privathaushalte in 2017 auf 195 vollendete Wohnungseinbrüche gesunken, so dass ein Rückgang um 63 Straftaten zu verzeichnen ist.

Um die Aufklärungsarbeit hinsichtlich verschiedener „Betrugsmaschen“, zum Beispiel „Enkeltrick“ oder „Falscher Polizist“, zu stärken, hat sich die eingerichtete Landesarbeitsgruppe der Polizei dafür entschieden, mehr Präsenz im ländlichen Raum und mithin in der Fläche umzusetzen.

Als Teil des städtischen Sicherheitskonzeptes erfolgt ein intensiver Austausch zwischen Polizei und Ordnungsamt vor öffentlichen Großveranstaltungen und Abgrenzungen durch Betonbarrieren werden vorgenommen.

Die Stadt Osterholz-Scharmbeck setzt ein Dokumentenlesegerät ein, um (auch im Asylbereich) Fingerabdrücke lesen zu können; dieses Verfahren ermöglicht auf Antrag 2019 den Abgleich mit bei der BAMF gespeicherten Daten.

Vandalismus in öffentlichen Einrichtungen wird unter anderem durch Kontrollfahrten von Streifenwagen zum Beispiel am Campus oder am Haus der Kulturen entgegengewirkt.

Maßnahmen gegen Suchtgefährdungen bei Jugendlichen werden seitens der Polizei Verden/Osterholz dauerhaft in die polizeiliche Arbeit einbezogen.

Da gegen Schulausschluss und/oder Schulverweigerung eine gute behördenübergreifende Kommunikation bedeutend ist, hat auf Einladung des Fachbereichs Jugendhilfe auch in 2018 ein „Round Table Gespräch“ stattgefunden.

Zu Beginn des Jahres 2018 wird der „Aktionsplan 2019“ im Präventionsrat aufgestellt. Darüber soll in der Sitzung des Präventionsrates am 25.01.2019 beraten werden.